

Interpellation

von Andreas Ammann (SP)
und Robert Schönbächler (CVP)

Der Bundesrat hat an seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause die Planungsbeschlüsse für das Entlastungsprogramm 2004 verabschiedet. Im Rahmen dieser Entlastungsmassnahmen sollen einerseits die Beiträge an den regionalen Personenverkehr gekürzt und andererseits die Rückerstattung der Mineralölsteuer gestrichen werden. Gemäss Medienberichten machen die Kürzungen - je nach Sparszenario - für den Kanton Zürich zwischen 14,1 und 16,7 Millionen Franken aus.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Existiert im Zusammenhang mit dem bundesrätlichen Entlastungsprogramm 2004 bereits eine Sparvorgabe des Regierungsrates bzw. des ZW an die VBZ? Falls ja: In welcher Höhe; falls nein: Wie hoch wird der Anteil voraussichtlich sein, den die VBZ je nach Sparvariante des Bundes einsparen müssen?
2. Welche Sparmassnahmen werden durch die VBZ in Betracht gezogen, ohne auf der Angebotsseite Abstriche zu machen?
3. Gemäss der Antwort des Regierungsrates auf eine Dringliche Anfrage aus dem Kantonsrat hätten die erwähnten Sparmassnahmen einen „deutlichen Leistungsabbau“ zur Folge. Geprüft werden die Aufhebung von Linien des öffentlichen Verkehrs, die Verlängerung von Taktfolgen oder die Ausdünnung der Fahrpläne in den Randstunden. Welche Strategie verfolgen der Stadtrat und die VBZ bezüglich eines zu prüfenden Leistungsabbaus in der Stadt und in der Region Zürich?
4. Welche Buslinien der VBZ gelten in der Stadt oder der Region Zürich bezüglich eines allfälligen Leistungsabbaus als besonders gefährdet - sei es durch die angekündigten Sparmassnahmen des Bundes oder durch den generellen Kostendruck des ZW? (Bitte um möglichst konkrete Angaben)
5. Was wären nach Ansicht des Stadtrates die ökologischen und wirtschaftlichen Folgen eines solchen Leistungsabbaus bei der öffentlichen Infrastruktur für die Stadt und den Kanton Zürich?
6. Was unternimmt der Stadtrat, um gemeinsam mit dem Regierungsrat und dem ZW die angekündigten Sparmassnahmen des Bundes zu verhindern?